

**Rede
von**

Guido Pott, MdL

zu TOP Nr. 13

Abschließende Beratung

**a) Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land
und Meer schützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs.
18/2035

**b) Unsere Meere und Gewässer schützen: Stoppt die
Plastikflut!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/2425

während der Plenarsitzung vom 19.11.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

„Plastik ist das Material des 21. Jahrhunderts, aber es ist auch das Problem des 21. Jahrhunderts.“ – so bringt es Benjamin Bongardt, Leiter Ressourcenpolitik beim NABU, auf den Punkt.

Kunststoffe sind heute wichtige und wertvolle Werkstoffe. Sie werden in vielen Produkten und Produktionsprozessen eingesetzt und sind aufgrund ihrer vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten und ihrer Materialeigenschaften aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken.

Wurden in den 1950er Jahren weltweit etwa 1,5 Millionen Tonnen Kunststoff im Jahr produziert, waren es im Jahr 2016 circa 350 Millionen Tonnen – das entspricht einer Steigerung um das 230-fache.

Lange Zeit stand Kunststoff für eine preiswerte aber auch nachlässige Verbrauchskultur, die viele bis dato für selbstverständlich gehalten haben.

Für so selbstverständlich, dass sich als Ergebnis unserer Wegwerfgesellschaft laut Schätzungen derzeit 150 Millionen Tonnen Plastikmüll in den Weltmeeren befinden, und bereits im Jahr 2050 könnte mehr Plastik als Fisch in unseren Meeren sein.

Plastik findet sich nicht nur in unseren Meeren und in den Körpern vieler Meerestiere, sondern auch in unseren Flüssen und Böden, und wird damit zu einer Gefahr für unser aller Gesundheit.

Meine Damen und Herren,

die zunehmende „Plastifizierung“ unseres Lebens und damit einhergehende Umwelt- und Gesundheitsprobleme stehen im Gegensatz zum industriellen Nutzen des Werkstoffs Kunststoff. Dieses komplexe Spannungsfeld müssen wir auflösen. Ein „Weiter so“ darf es und wird es mit der SPD-Landtagsfraktion nicht geben! Aus diesem Grund freue ich mich darüber, dass wir heute mit dem Antrag

der Regierungskoalition einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gehen und das Plastikmüllproblem auch auf Landesebene anpacken.

Der vorliegende Antrag wird dabei dem Anspruch gerecht, die bestehenden Ziele und Maßnahmen auf Bundes- und Europaebene nicht nur wohlwollend zu begleiten, sondern aktiv zu fördern, voranzutreiben und eigene starke Akzente zu setzen.

Meine Damen und Herren,

die Menge an Verpackungsabfällen aus Kunststoff in Deutschland ist innerhalb von 20 Jahren um etwa 94 Prozent angestiegen. Mit 226,5 Kilogramm pro Person wurde im Jahr 2017 ein neuer und trauriger Rekordwert erreicht. Darum fordern wir die Einführung von einheitlichen Lizenzentgelten für schlecht recycelbare Verpackungen, die Erarbeitung eines Wertstoffgesetzes und die Abschaffung von Pfand-Ausnahmen bei Einweggetränkebehältern aus Kunststoff.

Wir brauchen aber nicht nur einen nachhaltigeren Umgang mit Verpackungen, sondern vor allem eine generelle und spürbare Reduzierung von Plastik.

Daher müssen wir alle – als verantwortungsbewusste und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher – beherzigen, dass sämtliche Verpackungen und Produkte aus Plastik, die ihren Weg in die Umwelt finden, dort möglicherweise für Jahrhunderte verbleiben und Ökosysteme und Lebewesen massiv beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Beschluss des Bundeskabinetts zum Verbot von leichten Kunststofftragetaschen als Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er uns noch nicht weit genug geht.

Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Plastiktüten einzusetzen und stattdessen Mehrwegsysteme zu etablieren. Ein solches Verbot hätte enorme Signalwirkung und würde dazu beitragen, im Handel und bei den

Konsumentinnen und Konsumenten das bereits begonnene Umdenken zu beschleunigen.

Bei der Suche nach Alternativen und Substituten für Plastikprodukte im Allgemeinen und für die Plastiktüte im Speziellen sollte unbedingt die ganzheitliche Ökobilanz betrachtet werden.

Meine Damen und Herren,

wenn Kunststoffe in die Umwelt gelangen, sind sie nicht nur sehr langlebig, sondern auch nur schwer abbaubar. Aus diesem Grund liegt ein weiterer Schwerpunkt unseres Antrags auf der Verringerung des Eintrags von primärem und sekundärem Mikroplastik.

Welche Auswirkungen der Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt, auf unsere Nahrung und damit für unsere Gesundheit hat, lässt sich aktuell noch nicht abschätzen. Fakt ist: Auch unsere Körper nehmen Plastik auf – laut einer WWF-Studie im globalen Durchschnitt sogar bis zu fünf Gramm pro Woche - das entspricht etwa dem Gewicht einer Kreditkarte. Darum unterstützen wir mit diesem Antrag notwendige Forschungsvorhaben, um zu wissenschaftlich belastbaren Grenzwerten für Mikroplastik zu gelangen.

Um dem großen Forschungsbedarf in diesem Bereich nachzukommen, wollen wir auch auf Landesebene einen Beitrag zur besseren Untersuchung von Mikroplastik leisten und planen daher, die vorhandene Forschungsinfrastruktur auszubauen, um zum Beispiel die gesundheitliche Gefährdung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch einen Eintrag von Mikroplastik in die Nahrungskette zu untersuchen.

Auf Bundesebene fordern wir die zeitnahe Umsetzung des Bundesratsbeschlusses zum Verzicht von Mikroplastik in Kosmetika, mit dem wir uns auch die Möglichkeit für ein nationales Verbot offenhalten.

Meine Damen und Herren,

Plastik ist heute fester Bestandteil unseres Alltags, in unserer Kleidung, im Auto, in Spielzeugen, in Lebensmittelverpackungen – man könnte diese Liste noch lange weiterführen. Plastik erscheint uns heute als Segen und Fluch zugleich oder, um auf das Ausgangszitat zurückzukommen: „Plastik ist das Material des 21. Jahrhunderts, aber es ist auch das Problem des 21. Jahrhunderts.“

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem vorliegenden Antrag zur Auflösung dieses Widerspruchs beitragen und der Verantwortung, die wir für unsere Meere, Küstenregionen und besonders unser aller Gesundheit tragen, nachkommen. Ich denke, uns allen ist klar, dass unser Einsatz gegen Plastikmüll und seine Auswirkungen auf uns und unsere Umwelt nicht mit der heutigen Plenardebatte endet, er fängt vielmehr erst richtig an.

Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir, dass wir hier und heute mit der Verabschiedung dieses Antrags über alle Fraktionsgrenzen hinweg ein starkes Zeichen gegen die Vermüllung unserer Umwelt und damit für eine ökologisch nachhaltige Zukunft setzen!

Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung für unseren Antrag.

Vielen Dank!